

Digitaler Euro 2025: Chance oder Risiko für unsere Privatsphäre?

Ab 2025 wird der digitale Euro eingeführt. Der Artikel thematisiert Sicherheitsbedenken, Auswirkungen auf den Zahlungsverkehr und den Gesetzgebungsprozess.



Kalifornien, USA - Ab 2025 wird der digitale Euro eingeführt, was einen bedeutenden Wandel im europäischen Zahlungsverkehr darstellen könnte. Der digitale Euro wird als moderne und sichere Ergänzung zum traditionell verwendeten Bargeld präsentiert. Diese neue Form von Zentralbankgeld soll in einer zunehmend digitalisierten Welt die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Zahlungsmitteln gewährleisten. Kritiker und Datenschützer warnen jedoch vor möglichen Nachteilen, insbesondere dem Verlust von Anonymität im Alltag. Einige befürchten zudem eine totale Nachverfolgbarkeit des Konsumverhaltens und mögliche staatliche Zugriffe auf persönliche Daten, wie **exxpress.at** berichtet.

Wichtigste Merkmale des digitalen Euros sind die Möglichkeit, überall zu bezahlen und einfache, kontaktlose Echtzeitzahlungen, insbesondere zwischen Privatpersonen. Während Bargeld weiterhin dominiert, zeigen Umfragen, dass sich die Präferenzen der Verbraucher zunehmend in Richtung digitaler Zahlungen verschieben. Bargeldnutzung im Euroraum betrug im Jahr 2023 nur noch 51 %, während Kartenzahlungen auf 33 % angestiegen sind. Der digitale Euro könnte auch für Zahlungen zwischen Staat und Einzelpersonen, wie zum Beispiel für Sozialleistungen oder Steuern, eine wichtige Rolle spielen, so die Einschätzung der **Europäischen Zentralbank**.

Datenschutz und Anonymität

Ein zentrales Thema in der Diskussion um den digitalen Euro ist der Datenschutz. Es wird Vorschläge geprüft, die den Nutzern mehr Privatsphäre bei Zahlungen niedriger Beträge ermöglichen sollen, um den Richtlinien zur Geldwäschebekämpfung gerecht zu werden. Allerdings wird vollständige Anonymität als nicht tragfähig angesehen, um illegalen Aktivitäten vorzubeugen. Bei der erstmaligen Nutzung des digitalen Euros müssen sich die Nutzer identifizieren, und nur die unbedingt notwendigen Daten sollen für die jeweiligen Transaktionen einsehbar sein.

Die gesetzgebenden Organe spielen eine entscheidende Rolle bei der Etablierung des digitalen Euros als gesetzliches Zahlungsmittel, worüber auch **die Bundesbank** intensiv diskutiert. Die Taskforce des Eurosystems arbeitet an den technischen und regulatorischen Aspekten der Einführung. Es sind weitere Fokusgruppen geplant, um Feedback zur Nutzererfahrung zu erhalten und den Dialog mit verschiedenen Stakeholdern fortzusetzen.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Das Eurosystem könnte durch die Einführung des digitalen Euros nicht nur die Abhängigkeit von außereuropäischen Zahlungsanbietern verringern, sondern auch ein einfaches und

bequemes Zahlungserlebnis für etwa 350 Millionen Menschen in Europa schaffen. Die Notwendigkeit der Anpassung an diese neuen Rahmenbedingungen wird durch die steigenden Zahl digitaler Transaktionen und die ansteigende Akzeptanz von Kartenzahlungen nochmals verstärkt.

Die Einführung des digitalen Euros ist zwar für 2025 geplant, viele Herausforderungen stehen jedoch noch bevor. Der Gesetzgebungsprozess wird voraussichtlich bis Herbst 2025 andauern, was die Hoffnung auf eine frühzeitige Implementierung dämpft. Die Unsicherheit über die tatsächlichen Verbesserungen, die von der Regierung zur Entlastung der Haushalte angekündigt wurden, bleibt ebenfalls bestehen, besonders in Anbetracht der hohen Teuerung bei Wohnkosten und Lebenshaltungskosten, die viele als unerträglich empfinden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Kalifornien, USA
Quellen	• exxpress.at • www.ecb.europa.eu • www.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)